

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 3,00 (einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: **Kaufmännischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.**

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: **Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.**

Anzeigenpreis: für die Spaltenzeile
Kleinzeile oder deren Raum 75 A.
Reklamezeile 250 A.

Rotations-Druck und Veriaq: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Biebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr 125

Dienstag, den 1. November 1921.

Postkasson
Stm. Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung

Bestell: Getreideablieferung.

Der Preussische Staatskommissar für Vorratserhaltung hat mit Verfügung vom 13. August d. J. — V. 3797 angeordnet, daß Erzeugern, die ihre Lieferpflicht voll erfüllt haben, von dem Kommunalverband eine Bescheinigung ausgestellt wird, die denselben befähigt, daß sie nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. S. 737) in der Verfügung über den Rest ihres Getreides völlig unbeschränkt sind, mit der Maßgabe, daß eine Verfüllung von Brotgetreide, oder Brotgetreidemehl gemäß § 43 dieses Gesetzes nach wie vor verboten ist.

Getreideerzeuger, welche ihre Ablieferungs-pflicht nach dem von der Gemeinde aufgegebenen Soll voll erfüllt haben und Anspruch auf den Be-lieh eines solchen Nachweises erheben, können bei der Kornstelle des Landkreises Wiesbaden, Wies-baden, Festungstraße 18, Zimmer 35, Antrag stellen.

Bei Stellung des Antrages ist eine Beschei-nigung des Bürgermeisters vorzulegen, die angibt, welches Grundstück dem betreffenden Antragsteller von der Gemeinde aufgegeben und wie weit das-selbe erfüllt ist.

Ich ersuche die Magistrate und Gemeindevor-stände um ersitzliche Bekanntgabe in der Ge-meinde.

Wiesbaden, den 25. Oktober 1921.

Der Vorleser des Kreisaußschusses.
J. Nr. 11. Hornst. 1920. S. 1111.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Die Umsatzsteuer im Reichs-wirtschaftsrat.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat. (Freitag-Sitzung.) Bei dem Umsatzsteuergesetz, das nach einer Regierungsvorlage auf 3 Prozent er-höhrt werden sollte, wurde trotz des Ein-spruchs des Regierungsvorlesers der Senatsrat auf 2 Prozent festgelegt. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, die das Prinzip der Umsatzsteuer wirtschaftlich als un-zureichend befand und zum Ausdruck bringt, daß das Gesetz nur angefaßt der gegenwärtigen Fi-nanznot als ein Provisorium gebilligt werden könnte. In der Entschließung wird die Regierung aufgefordert, dieses Gesetz auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Vertreter der Regierung stimmte dieser Erklärung zu.

Eine Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Stierwald.

Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung muß bald erfolgen.

Di. Berlin, 28. Oktober. Der Chefredakteur der Zeitung „Der Deutsche“ hat heute mit Ministerpräsident Stierwald eine Unterredung gehabt. In deren Verlauf der Ministerpräsident u. a. sagte: Der oberste Grundsatz ist ein furchtbares Un-glück für das deutsche Volk und ein kaum mindere-großes für Europa. In Preußen ist durch den Vor-gang im Reich die bisherige politische Regie-rungsform erschüttert. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung ist jetzt sowohl ein Gebot des politischen Instandes als auch der Staatsnotwendigkeit. Der Sozialdemo-kratie kann nicht zugestimmt werden, im Reich in allen entscheidenden Stunden in die Breche zu springen und in dem größten Bundesstaat dagegen von der unmittelbaren Ministerleitung an den Staats-geschäften ausgeschlossen zu bleiben. Wir sehen zu-dem vor einem sehr kalten Winter und vielleicht vor einem noch schlimmeren Frühling. Unter diesen Umständen wird die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preussische Regierung bald erfolgen müssen. Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß. Wenn man zu wählen hat zwischen einer Koalitionsver-breiterung und zwei Parteien, die einander wenig-ger freundlicher sind und der Vereindung eines großen Teiles des deutschen Volkes, dann kann keine wahre Vaterlands- und Volksfreund die Wahl schwer fallen. So sieht es aber um das deutsche Volk. Die harten Taten des Reichstags zu einer festen Steuerarbeitsgemeinschaft. Keine Partei geht aber in der Steuerarbeitsgemeinschaft auf allen Gebieten bis zur äußersten Grenze, wenn ihr nicht ein entsprechender Einkauf auf die Füh-rung der Reichspolitik eingeräumt wird. Auch in Preußen ist die Verwaltungsreform so lange un-möglich, als nicht die große Koalition besteht. Darum muß die große Koalition kommen trotz der jammervollen Zerrissenheit der letzten Tage. Die große Koalition ist eine deutsche Lebensfrage.

Aus einer Rede Rathenaus.

Mannheim. In einer von etwa 7000 Ver-folgeren behauchten Versammlung des badischen Lan-desverbandes der deutschen demokratischen Jugend

führte Dr. Rathenau nach der „Neuen Badischen Landeszeitung“ unter anderem aus:

„Nicht außenpolitische Gründe haben mich gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt, sondern lediglich der Beschluß anderer Parteien, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett einzutreten zu lassen. Ich selbst bin diesem Beschluß nicht beigetreten; aber als Demokrat erkläre ich mich mit einem Beschluß auch dann stillschweigend, wenn er gefaßt wird von einseitigen Männern auch gegen meine Stimme.“ Rathenau wies weiter darauf hin, daß die Möglichkeit der Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen sich durch den Verlust des obersteilischen Landes verringere. Das haben auch im Auslande die- jenigen ein, die sich mit wirtschaftlichen Dingen be-fassen und etwas davon verstanden. Gegenüber der Ansicht, Deutschland solle seinen Vorkriegs-erwerb, verlor Rathenau auf § 234 des Berliner Ver-trages, in dem gesagt ist, daß die Leistungen fähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit geprüft werden müsse. Rathenau schloß: „Wir können nur leben in einer demokratischen Republik. Die Ein-gang des Volkes kann nur eine demokratische sein, die auf der Gleichheit aller Stände beruht.“

Bayern.

München. Der Tag der Beilegung des Königs-paares ist noch unbestimmt. Bisher sind aus Ungarn keinerlei Nachrichten eingelaufen, die er-kennen ließen, ob die Überführung der Leiche des Königs ohne Gefahr stattfinden könnte. Der „Eisenbahner“, das Organ des bayerischen Eisen-bahnerverbandes, mißachtet dem folgenden Radikal:

Bekannt ist der Ausdruck: „Wenn ich le für einen deutschen Kaiser wäre, dann für den Prinzen Ludwig von Bayern.“ Trugdem wollte es das Schicksal, daß dieser als Vorkämpfer in den dunkelsten Tagen deutscher und bayerischer Geschichte seinen Thron verlor. Wenn auch die politischen Verhältnisse heute wesentlich anders geworden sind — es ist ja nicht die Staatsform, die ein Volk und ein Land glücklich machen kann, sondern der Geist, in dem ein Staat geführt wird —, lassen wir uns nicht nehmen, der wahren Würde und Eigen-schaften des Monarchen und Königs ehren zu ge-denken.

Die Antwort der Reichsministerkonferenz auf den deutschen Protest.

Paris. Die Reichsministerkonferenz hat be-schlossen, die Reichsregierung dahin zu informieren, daß ihr Protest als nicht vorliegend und als wirkungslos angesehen werde. Deutschland hätte übrigens keinerlei Meinung über die Entscheidung des Obersten Rats zu äußern. Diese Entscheidung sei endgültig. Deutschland hätte lediglich seine Ver-sammlungen zu bezeichnen gehabt. Dies hat es nun getan und dieser Entscheidung, welche die Reichsministerkonferenz allein zur Kenntnis nehmen könne, müsse dahin ausgelegt werden, daß Deutschland ohne Vorbehalt und mit allen Folgen die ober-schließliche Regelung annehme, so wie sie notifiziert worden ist.

Die neuen Steuern.

Berlin, 29. Oktober. Bei Beginn der heutigen Sitzung des Reichswirtschafts-rats erklärte der Staatssekretär im Reichs-finanzministerium Japp auf ein von dem Vor-sitzenden an den Reichskanzler gerichteten Er-laden, daß die Reichsregierung an ihren sämtlichen Steuergesetzesentwürfen, die den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat schon beschäftigt haben, festhalte. Nur der Entwurf der Kohlensteuer müsse zurückgestellt werden, weil nach dem Beschluß des Reichskanzlers dieser Entwurf nochmals nachgeprüft werden mußte.

Der Bericht des Ausschusses über die Entwurfs zur Erhöhung einzelner Verbrauchs-steuern (Zuckermittelsteuer, Zündwarensteuer, Biersteuer, Tabaksteuer) wird einstimmig ge-geben. Die Zündwarensteuer wird darauf auf das Doppelte, die Biersteuer auf das Vier-fache des bisherigen Steuerfußes erhöht. Die Tabaksteuer wurde auf Anregung der Sach-verständigen abgelehnt, es wurde aber be-schlossen, der Regierung in Bezug auf Er-höhung einzelner Steuerfüße entgegenzukom-men.

Nach dem Bericht des Ausschusses über die Vollerhebung für Kaffee, Gewürz, Schoko-lade und Kakao werden nach kurzer Debatte die von der Regierung vorgeschlagenen Er-höhdungen genehmigt, nur wird auf Antrag der Arbeitnehmer der Kaffeezoll nicht auf 200 Mark, sondern 160 für den Doppelzentner fest-gelegt. Auch der Kakaozoll wird gegen den Regierungsvorschlag ermäßigt. Der Erhöhung der Industriezölle hat der Ausschuss nur unter starken Bedenken zugestimmt. Er emp-fiehlt, die Revision des Zolltarifs zu beschleu-nigen.

Generaldirektor Holub erstattete den Aus-schussbericht über die Versicherungssteuer. Der Ausschuss hält die Steuer für unzulässig und be-trachtet, ihre Einführung zu vernünftigen. Die Feuerversicherung soll einheitlich mit

20 Pfg. für 1000 Mark, die Transportversicher-ung mit 3 Proz. und die Lebensversicherung über 5000 Mark mit 4 Proz. besteuert werden. — Mangel beantragt, die steuerfreie Lebens-versicherungssumme auf 20 000 Mark und die steuerfreie Lebensrente auf 3000 Mark herauf-zusetzen und diejenigen Lebensversicherungen frei zu lassen, die von der Angehörigenversiche-rungspflicht befreit. Nach kurzer weiterer Aus-sprache wird der Antrag Mangel angenom-men, ebenso ein Antrag Grünfeld, bei Versiche-rungen verschiedener Art in einer Urkunde einen Durchschnittssatz von höchstens 5 Proz. zu erheben. Mit diesen Änderungen wird der Ausschussbericht genehmigt.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Eine Entschließung im Reichswirtschaftsrat

Berlin. Die Gruppe 7 des vorläufigen Reichswirtschaftsrats (Verbraucher) brachte folgende Entschließung ein: „Der Reichswirt-schaftsrat lenkt die Aufmerksamkeit der Regie-rung nachdrücklich auf die sprunghafte Steige-rung der Preise für alle Gegenstände des tä-glichen Lebensbedarfs, sowie auf die daraus hervor-gelassene unerträgliche Kollage der ge-samten Bevölkerung und erludt die Reichs-regierung, schleunigst alle Maßnahmen zu er-greifen, um dieser Entwicklung, insbesondere den lediglich aus gewinnwirtschaftlichen Absichten entworfenen Preiserhöhungen und zumeimen-den Verkäufen an das Ausland entgegenzutret-en.“

Eudendorff und das Kriegsende.

Berlin, 30. Oktober. General a. D. von Eudendorff ist in der „D. M. Z.“ einen Ar-tikel, der sich mit Eudendorffs neuem Werk: „Ueber den Weltkrieg“ befaßt. Dieser Herr und Heimer wird festgelegt: „Den Vorwurf, die Oberste Heeres-leitung habe zu spät auf den Ernst der Lage hinge-wiesen, halte er nicht für gerechtfertigt. Mitte August habe er erklärt, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könnte. In den öffentlichen Heeresberichten dies oder jenes zu verklären, hätte sie allerdings keine Veranlassung.“

Frankreich.

Paris, 28. Okt. In politischen Kreisen wird die Vermutung launert, daß vor dem 15. Jan. 1922, an welchem Tage Deutschland eine neue Jah-rung von 500 Millionen Goldmark zu leisten hat, die deutsche Regierung den Großmächtigen mitteilen werde, daß sie trotz des festen Willens nicht in der Lage sei, diese Zahlungen zu leisten. Deutschland werde nicht etwa die Zahlung verweigern, sondern um einen Aufschub nachsuchen. Vertreter der Hoch-finanz u. a. der Präsident der Reichsbank seien in London, um die Verhandlungen darüber zu führen.

Paris. Die Abreise Briand und der übrigen Mitglieder der französischen Delegation wird heute Samstag 11 Uhr vormittags erfolgen.

Karl der Widerspenstige.

Budapest. Im Vordergrund der Ge-schehnisse steht zur Zeit die Angelegenheit der Abdankung des Königs Karl, die in der letzten Note der Entente als unbedingt notwendig be-zeichnet wurde. Die deswegen von der Regie-rung bisher unternommenen Schritte und Be-mühungen sind erfolglos geblieben, da der Kö-nig zu einem freiwilligen Thronverzicht nicht zu bewegen war.

Das Königspaar hat in der stark bewach-ten Thronerfolge mit niemandem Verkehr. Der König ist sehr mißgestimmt und hört täg-lich mehrere Reffen an.

Kleine Mitteilungen.

Di. München, 28. Oktober. Die bayerische Staatsregierung hat für die Erziehung der Töchter, die den Aufschlag auf den Abgeordneten Auer ver-lieben haben, eine Subvention von 10 000 Mark aus-gegeben.

Di. Paris, 28. Oktober. Nach dem „Journal“ schließt England vor, Kaiser Karl einen Auf-schlag auf der Insel Madeira anzuweisen.

Di. New York, 28. Oktober. Die „Paris“ mit Marshall nach an Bord ist in New York einge-troffen.

Berlin. Der Reichskanzler wird voraussichtlich am kommenden Dienstag von seiner badischen Reise nach Berlin zurückkehren.

Berlin. Der frühere preussische Kultusminister Dr. v. Staudt ist im 83. Lebensjahre gestorben. Dr. v. Staudt war zehn Jahre Oberpräsident in Westfalen und war dann im September 1899 zum preussischen Kultusminister ernannt worden.

Berlin. Der wegen seiner Teilnahme an dem Rapp-Busch unter Anklage des Hochverrats stehende Kapitänleutnant Kurt Ehrhardt ist der Berliner Reichsdrucke mit, daß er nicht daran denke, sich dem Reichsgericht zu stellen.

Abänderung des Lohnsteuergesetzes. Infolge der anhaltenden Geldentwertung steht ein Nachtrags-gesetz bevor, wonach die zehnprozentige Lohnsteuergrenze auf Einkommen über 24 000 Mark herauf-gehoben wird.

London. Es verläut hier, daß Lord George doch noch damit rechnet, am 4. oder 5. November nach Washington abzureisen zu können.

Paris. Das „Journal officielle“ veröffentlicht Samstag morgen ein Dekret, das Herrn Bon-ne-ron interimistisch die Funktionen des Minister-präsidenten und des Ministers des Auswärtigen überträgt.

Di. Paris. Vom 1. November ab wird der Post-anweisungverkehr zwischen Frankreich und Deutsch-land wiederhergestellt. Postnachnahmesendungen sind von diesem Tage an auch wieder zugelassen. Der höchste Zahlungsbetrag für diese Sendungen ist auf 1000 Francs festgelegt.

Teuerseiler in Budapest. Am Sonntag wurden 10 Opfer des Hungers feierlich beigesetzt. Unter den Trauergeleiteten befanden sich neben dem Reichsver-weiser Horthy die Erzhäufige Joseph und Joseph Franz, sowie alle Mitglieder der Regierung. In den Kämpfen um Budapest sind auf beiden Seiten etwa 300 Tote gefallen.

Paris. Der „Matin“ meldet Washington, daß die meisten Sitzungen der Abrüstungs-konferenz öffentlich sein würden und die Presse darüber Bericht erstatten könne. Die eigentlichen Arbeiten der Konferenz würden erst am 14. Novem-ber beginnen.

Rom. Der Vatikan dementiert die Meldung, daß er die Abfertigung habe, gegen die dem Kaiser Karl zuteil gewordene Behandlung Einspruch zu erheben.

Unsere Brotversorgung gesichert.

Düsseldorf. Die Konferenz der Ernäh-rungs- und Landwirtschaftsminister hat sich nach der Aussprache über die Kartoffelbrotversorgung auch mit der Frage der Brotgetreideversorgung be-schäftigt. Nach dem Bericht des Präsidenten der Reichsgetreidekammer war bis zum 15. Oktober die ge-samte Unlage des abzuliefernden Getreides über-schritten worden. Die Vorräte bis zum Oktober betrug 1 085 882 Zentner, gleich 43 Prozent der ge-samten Unlage. Damit ist die gesamte Brot-versorgung bis zum Frühjahr gedeckt.

Ueber die Pflege der deutschen Kriegsgeliebten in Frankreich und Belgien

Schweden zwischen den beteiligten Staaten seit längerer Zeit Verhandlungen. Der Friedensver-trag steht in § 225 vor, daß die Gräber der ge-fallenen Krieger in den einzelnen Ländern mit Achtung behandelt und instand gehalten werden müssen. Von alliierter Seite ist man in Deutsch-land herangetreten, die Regelung der Krieger-gräberfrage dahin vorzunehmen, daß die Länder den gefallenen Kriegern ewiges Ruherecht gewäh-ren, während die Länder, denen die Gefallenen an-gehören, für die Instandhaltung und Pflege der Gräber Sorge tragen. Deutschland ist grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, beruft sich jedoch auf die Festlegungen des Friedensvertrages. Seitdem ist von Entente Seite keine Aenderung mehr erfolgt.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Die Umsatzsteuer. Auf Grund des gegenwärtig den eingehenden Körperstellen zur Beschäftigung vorliegenden Gelegenheitsurteils über die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes, der mit dem 1. Januar 1922 Gesetz wird, tritt eine Ren-derung in den Zahlungen aus der Umsatzsteuer ein. Danach hat der Umsatzsteuerpflichtige innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendermonats eine Vorauszahlung zu leisten, die sich bei der allgemeinen Umsatzsteuer nach der Höhe der im ab-gelaufenen Kalendermonats eingekommenen Einnahmen richtet (bei Umsatzsteuerpflichtigen Betrieben nach der Höhe des Betrags, der sich aus der Steuer-erklärung ergibt). Danach ist also die Umsatzsteuer auf die im ersten Vierteljahr 1922 eingekommenen Einnahmen in jedem Falle bereits im April 1922 zu entrichten. Da diese Zahlungen mit den Zahlungen aus der Umsatzsteuer für 1921 zusammenfallen können, macht der Reichsminister der Finanzen zur Vermeidung der Anhäufungen von Zahlungspflichten auf die Möglichkeit freiwilliger Voraus-zahlungen aufmerksam. Auf solche Vorauszahlungen werden die Zinsen mit 5 v. H. vom Tage der Zahlung an bis zum Tage der Fälligkeit, höchstens bis zum Ablauf dreier Monate nach Schluß des Zeitraums, für den die Umsatzsteuer geschuldet ist, vergütet.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Volk erfolgt in der Woche vom 31. Oktober bis 6. November wie in der Vor-woche zum Preise von 600 Mark für ein Zwanzig-marstück, 300 Mark für ein Zehnmärkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Wie der vereinigte Stellennach-weis der kaufmännischen Vereine im Handelskammerbezirk Wiesbaden mitteilt, blieb die Lage des kaufmännischen Arbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat unverändert. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß der Handel noch immer nicht zu einer normalen Entwicklung gelangen kann. Die Gründe hierfür liegen in den politischen Ver-hältnissen und sind jedem Leser der Tageszeitungen bekannt. Eine ungesunde Geschäftigkeit hat Man-

Erhöhung der Schlafwagengebühren. Während die allgemeine Heraushebung der Eisenbahntarife erst für den 1. Dezember in Aussicht genommen worden, so sollen die Schlafwagengebühren bereits ab 1. November um 75 Prozent erhöht werden. Nach dem neuen Tarif stellt eine Bettkarte 1. Klasse 140 Mark (bisher 80 Mark), 2. Klasse 70 Mark, (bisher 40 Mark), 3. Klasse 35 Mark. Die freiwilligen Beisitzerinnen für den Hiffert in Oprea werden jetzt auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt, das Hiffert der deutschen Zerstörungen übersteigt die ganze Nation, denn die Zerstörungen und Verwüstungen werden etwa 100 Millionen betragen.

